

# Im Vorstand sind sogar die Grünen für Evi Allemann

**VCS-PRÄSIDIUM** Der Zentralvorstand des Verkehrs-Clubs der Schweiz bevorzugt SP-Nationalrätin Evi Allemann als neue Präsidentin. Ihre Konkurrentin, die grüne Nationalrätin Aline Trede, ist überrascht. Nun will sie erst recht kämpfen. Die Wahl findet am 20. April statt.



Evi Allemann (SP) hat gute Karten fürs VCS-Präsidium. *Andreas Blatter*

«Einstimmig» empfiehlt der Zentralvorstand des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) SP-Nationalrätin Evi Allemann aus Bern zur Nachfolgerin von Franziska Teuscher. Vizepräsident Roger Nordmann, der auch die Findungskommission präsidierte, bestätigt eine entsprechende Meldung im «Bund». Die grüne Nationalrätin und Gegenkandidatin Aline Trede, ebenfalls aus Bern, erfuhr nach der Sitzung am Mittwochabend vom Entscheid des Vorstands. Folgt die Mehrheit der 84 Delegierten der Empfehlung, würde das Präsidium von den Grünen zur SP wechseln. «Parteilosigkeit war kein Thema», sagt Nordmann. Ausschlaggebend seien die grössere Erfahrung Allemanns, ihre strategische Kompetenz und die bessere Vernetzung, die sie unter anderem als Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission aufbauen konnte. Evi Allemann, selber seit Juni 2012 Mitglied des elfköpfigen Zentralvorstands, ist laut Nordmann bei diesem Entscheid in den Ausstand getreten.

### Trede: «Geschickte SP»

Die 29-jährige Trede ist überrascht über die Empfehlung. Sie vermutet, dass ihr nicht freiwilliger Abgang als Kampagnenleiterin beim VCS mit ein Grund für das klare Resultat sein dürfte. Sie geht davon aus, dass sie nicht mehr erwünscht war.

Sie weist darauf hin, wie effizient und geschickt die SP im Übernehmen von Verbänden sei. Nordmann weist solches Kalkül zurück: «Als Evi Allemann in den

abend die Grünen gegenüber der SP sogar in der Überzahl.

Trede steckt darob nicht auf und gibt sich kampfeslustig: «Es geht auch um die Ausrichtung des Verbands», sagt sie auf Anfrage. Sie würde auf jeden Fall pointiert und radikal auftreten. Allemann rückt andere Eigenschaften in den Vordergrund: «Der VCS kann seine Stärke vor allem dann ausspielen, wenn er gefestigte Positionen hat und gleichzeitig im Stil einvernehmlich auftritt. Das ist zum Schmieden von Allianzen unerlässlich, und ohne diese läuft in der Schweiz nichts», sagt Allemann. Zudem sei der VCS eben auch ein Anbieter von Dienstleistungen, deren Kunden an Politik zuweilen nur am Rande interessiert seien.

### Allemann: «VCS hat Gewicht»

Nordmann beschwichtigt, es gehe nur um eine Empfehlung, wählen würden am 20. April die Delegierten in Bern. Dass bei der Nachfolgerin Teuschers die politische Couleur thematisiert wird, «nervt» Nordmann. Um das gehe es nicht. Für ihn ist klar, dass der Verband stärker von einer gut vernetzten Präsidentin profitiere als umgekehrt eine Partei davon, ob sie das Präsidium innehatte. Etwa relativiert die 34-jährige Allemann da die Aussage ihres Parteikollegen doch: «Mit dem Verbandspräsidium hat man in der Verkehrskommission mehr Gewicht, das ist klar.» Immerhin gelte der VCS als Kompetenzzentrum in Verkehrsfragen und sei mit seinen 110'000 Mitgliedern aus dem Stand fähig, eine Initiative zu stemmen. Die ÖV-Initiative zeige, welches Gewicht der VCS habe. Er vermochte damit so viel Druck aufzubauen, dass er das Parlament zur Ausarbeitung der Fabelleitungsverordnung veranlasste, wie Allemann darlegt. Die Vorlage greift VCS-Forderungen zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs auf. *Christoph Aebischer*

### Unterschiedliches Auftreten

Aus grünen Kreisen ist bisher wenig Widerstand gegen die rote Übernahme wahrnehmbar. Der VCS betreibe lösungsorientierte Interessen- und keine Parteipolitik, sagt etwa Ueli Stüchelberger, der zwar nicht im VCS-Vorstand sitzt, aber als Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr mit dem VCS zu tun hat. Gabi Petri, wichtige grüne Stimme im Vorstand und Präsidentin des VCS Zürich, verweist auf Nordmann. Er kommuniziere. Die Tatsache, dass der Entscheid einstimmig – bei Abwesenheiten zwar – gefallen ist, zeigt aber, dass auch Grüne Allemann Trede vorziehen. Tatsächlich waren am Mittwoch-

# Jeder zehnte Schweizer verdient unter 4000 Franken

**STUDIE** Mehr als jeder zehnte Schweizer Berufstätige arbeitet für einen Tieflohn, der selbst bei einer 100-Prozent-Stelle oft nicht zum Leben reicht. Dies zeigt eine Studie der Universität Genf im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

In der Schweiz ist jeder zehnte Berufstätige unterbezahlt. Dies besagt eine vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) bei der Uni Genf in Auftrag gegebene Studie. «Bei mindestens 437'000 Betroffenen liegt der Lohn unter der sogenannten Tieflohnschwelle von 3986 Franken im Monat», sagte SGB-Präsident Paul Rechsteiner gestern vor den Medien. Als Basis diene den Studienverfassern die Lohnstrukturerhebung 2010 des Bundesamts für Statistik.

Der Bund war bisher von tieferen Zahlen ausgegangen. Er bezog jedoch laut SGB weder Arbeitende in der Land- und Hauswirtschaft noch die Angestellten von Kantonen und Gemeinden mit ein. Rechne man diese Arbeitnehmer dazu, wie es bei internationalen Standards üblich sei, so betrage die Zahl der Tieflohnbezügler rund eine halbe Million, so SGB-Chefkonom Daniel

Lampart. Bei rund vier Millionen Lohnbezügern in der Schweiz würde also jeder Achte für einen Tieflohn arbeiten.

Mehr als ein Drittel der Tieflohnbeschäftigten haben gemäss Studie eine Berufslehre absolviert. Für den SGB stellen diese Zahlen dem Arbeitsmarkt ein miserables Zeugnis aus: «Eine Berufslehre ist keine Garantie mehr für eine Stelle mit einem anständigen Lohn», so Rechsteiner. Am höchsten ist der Anteil von schlecht bezahlten Angestellten gemäss der Studie im Gastgewerbe, wo 33 Prozent aller Tieflohnbezügler mit Lehre tätig sind.

### Detailhandel führt Liste an

Angestellte mit und ohne Lehre zusammengerechnet, ist besonders der Detailhandel von Tieflohn betroffen. Gemäss der Studie arbeitet jeder Fünfte Tieflohnbezügler in dieser Branche. Dahinter folgt das Gastgewerbe mit 14 Prozent, aber auch Angestellte von Coiffeursalons oder Apotheken arbeiten laut Lampart oft für sehr tiefe Löhne. Dass grosse ausländische Detailhandelsketten die Margen absahnen und die Gewinne nicht an ihre Angestellten weitergeben, sei besonders stossend. «Insbesondere Frauen werden im Detailhandel

zu tiefe Löhne bezahlt», sagte Rechsteiner. Als Beispiel nannte er die Schuhverkäuferinnen. Diese würden oft für weniger als 4000 Franken arbeiten, was nicht zum Leben reiche. Auch verdienten Frauen im Detailhandel monatlich rund 630 Franken weniger als Männer. Gemäss Studie arbeiten über alle Branchen hinweg gerechnet rund 16 Prozent aller werttätigen Frauen für einen zu tiefen Lohn. Bei den Männern beträgt der Anteil 6 Prozent.

### «Skandal für reiche Schweiz»

Tieflohne seien eines der grössten sozialen Probleme der Schweiz, resümierte Unia-Co-Präsidentin Vania Alleva. Dies sei ein Skandal für die reiche Schweiz. Um dem etwas entgegenzusetzen, hat der SGB die Mindestlohninitiative ins Leben gerufen. Mit der vor rund einem Monat vorgestellten Botschaft des Bundesrates dazu ist der SGB nicht zufrieden. Rechsteiner wirft dem Bundesrat vor, an der «sozialen Realität in der Schweiz» vorbeizuschauen, weil er das Tieflohnproblem nur mit Gesamtarbeitsverträgen bekämpfen will. Der Ball liegt nun beim Parlament: Es wird in der Frühlingssession über das Geschäft beraten. *sda*

ZÜRCHER REGIERUNGSRAT THOMAS HEINIGER

# «Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden»

**Der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger will eine Korrektur: Weil die Berner zu tiefe Krankenkassenprämien bezahlt haben, sollen sie den Zürchern etwas zurückgeben, die zu viel zahlen mussten. Zürich und Bern reiben sich auch im «Kampf um die Herzen».**

**Herr Heiniger, haben Sie ein Problem mit dem Kanton Bern oder Ihrem Berner Amtskollegen Philippe Perrenoud?**

*Thomas Heiniger:* Überhaupt nicht. Philippe Perrenoud ist ein Freund von mir. Ich habe ihn letztes Jahr ans Sechseläuten eingeladen, und er hat es sehr genossen bei uns. **Warum sind Sie Bern im Streit um die zu viel bezahlten Krankenkassenprämien so heftig an den Karren gefahren?** Weil wir in aller Klarheit darauf hinweisen wollten, dass Zürich und die anderen betroffenen Kantone es nicht akzeptieren, wenn das Prämienproblem nicht gelöst wird. Die Zürcherinnen und Zürcher haben jahrelang zu hohe Prämien bezahlt, insgesamt 465 Millionen Franken. Davon hat insbesondere auch der Kanton Bern profitiert, dessen Prämienzahler 830 Millionen zu wenig bezahlt haben. Das ist stossend. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden. Wir ver-



Der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) sagt, es sei nicht an ihm, Bern Tipps zu geben. Mit seinem Freund und Berner Amtskollegen Philippe Perrenoud (SP) möchte er aber nicht tauschen.

*Markus Fote*

**«Wir verlangen ja nicht einmal eine vollständige Korrektur, sondern sind mit einem teilweisen Ausgleich zufrieden. Gar nichts zu tun, kommt aber nicht infrage.»**

**Teil offenbar in anderen Kantonen...**

...das ist nicht unser Problem. Dann müssten sie konsequenterweise in Bern und den anderen Kantonen, in denen es Löcher gibt, vorübergehend etwas höhere Prämien verlangen, um das Geld hereinzuholen. **Zahlen müssten also so oder so die Prämienzahler in Bern?**

Wohl auch sie. Sie haben nun einmal in den letzten Jahren zu wenig eingezahlt. Das muss korrigiert werden. Diese Ungerechtigkeit ist besonders stossend, weil ausgerechnet Kantone wie Zürich oder die Waadt bestraft wurden, die dank unpopulären Sparmassnahmen ein unterdurchschnittliches Kostenwachstum hatten, während Kantone wie beispielsweise Bern, in denen die Kosten überdurchschnittlich anstiegen, profitierten. **Hand aufs Herz: Dieser Prämien-**

**streit wird massiv aufgebauscht. Es werden horrenden Summen herumgeboten, die über 16 Jahre aufsummiert wurden. Dabei haben die Zürcher pro Monat nur 1.90 Franken oder 1 Prozent zu viel bezahlt. Ist das wirklich ein Skandal?**

Sind 465 Millionen nicht viel Geld, nur weil die Summe über 16 Jahre aufgelaufen ist? Also für uns in Zürich ist das viel Geld. Wenn es in Bern nicht viel ist, sehe ich das Problem nicht. Dann könnte Bern das Geld ja locker zurückzahlen – und das Problem ist gelöst. **Jede Lösung führt aber zu neuen Ungerechtigkeiten. Zum Beispiel müssten alle, die von Zürich nach Bern gezogen sind, doppelt draufzahlen.**

Solche kleine Ungerechtigkeiten wird es in Einzelfällen zwangsläufig geben. Aber sie wiegen nie so schwer wie die grosse Ungerechtigkeit der überhöhten Prämien, die bestehen bleiben würde, wenn es zu gar keinem rückwirkenden Ausgleich käme. **Bei den Herztransplantationen steht Zürich in Konkurrenz zu Bern und Lausanne. Nur zwei der drei Zentren sollen künftig noch Herztransplantationen dürfen.** Von diesem angeblich grossen Konkurrenzkampf höre ich vor allem aus den Medien. **Heisst das, Zürich wäre bereit, auf Herztransplantationen zu verzichten?** Nein. Wenn es nur noch zwei Zentren geben soll, dann muss Zürich eines der beiden sein. Aber Zürich hat diese Konzentration von drei auf zwei Zentren nicht verlangt, und sie steht für uns auch gar nicht im Vordergrund. **Setzen Sie sich also dafür ein,**

**dass es weiterhin drei Zentren geben wird?**

Die Kantone haben sich für maximal zwei Zentren ausgesprochen. Das ist die Ausgangslage, und vorläufig ist dieser Beschluss gültig. Aber selbstverständlich kann das Beschlussorgan der Kantone auf diesen Entscheid zurückkommen. **Weshalb sollte es darauf zurückkommen?** Herztransplantationen sind wichtig für die gesamte Herz-

chirurgie, vieles hängt mit ihnen zusammen. Es ist nicht sinnvoll, die Transplantationen herauszunehmen und gesondert zu behandeln. Wenn die Experten im Fachorgan dies berücksichtigen und aufgrund neuer Erkenntnisse die Herztransplantationen in das weitere Feld der gesamten Herzchirurgie stellen, dann kommen sie vielleicht zu anderen Lösungen. **Also keine Konzentration?** Doch, aber man muss für den ge-

samten komplexen Bereich der Herzchirurgie Lösungen finden. Es ist sinnvoll, die Herzchirurgie an wenigen, spezialisierten Spitälern zu konzentrieren, nämlich vorwiegend an den universitären Zentren. Es bestehen Ideen, in St. Gallen und Luzern neue Zentren zu schaffen. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg. **Bei der Konzentration der Herzchirurgie ist Bern Zürich ein Schritt voraus.** Wieso? In Zürich treten bereits

seit dem 1. Januar das Stadtspital Triemli und das Universitäts-spital als Herzzentrum – gestützt auf einen Zusammenarbeitsvertrag – koordiniert und unter gemeinsamer Organisation und Leitung auf. Ab 2014 wird nur noch an einem Standort operiert.

**In Bern ist das Herzzentrum bereits am Inselspital konzentriert.** Wir müssen uns nicht gegeneinander ausspielen. Sowohl Bern als auch Zürich haben erkannt,

dass es wichtig ist, Kompetenzen zu konzentrieren. Ich bin froh, wenn Bern das gleiche Muster pflegt, es zeigt, dass das der richtige Weg ist. Nur mit genügend hohen Fallzahlen erreicht man die geforderte Qualität und Wirtschaftlichkeit.

**Deshalb hat das Fachorgan ja bei den Herztransplantationen eine Konzentration gefordert.**

Ja, aber auch bei den Fallzahlen ist es nicht sinnvoll, die Transplantationen gesondert zu betrachten. Sie gehören zusammen mit weiteren hochkomplexen Operationen zu einer Gesamtheit. Diese Gesamtheit erreichen wir in Zürich durch das Zusammenspiel von Triemli und Universitätsspital. Vielleicht kommt später auch Hirslanden dazu. **Müsste man diese Konzentration nicht auf nationaler Ebene vorantreiben?**

Es besteht diesbezüglich ein Konkordat unter den Kantonen, und wir ziehen wichtige Konsequenzen daraus. Das Konkordat ist nicht gescheitert. **Wenn man Zürich und Bern vergleicht, fällt auf, dass bei Ihnen die Spitaldichte geringer ist und die Spitäler dafür grösser sind. Ist das ein Vorteil?**

Wir sind jedenfalls überzeugt, dass die Zürcher Spitäler gut auf-

**«Wenn es nur noch zwei Zentren geben soll, dann muss Zürich eines der beiden sein.»**

gestellt sind. Bei uns gibt es nur noch die Spitäler, die es wirklich braucht. Meine Vorgängerin Verena Diener hat die Konzentration auf weniger Standorte früh an die Hand genommen. Wir haben in den letzten Jahren zusätzlich eine Konzentration im Leistungsangebot der Spitäler erreicht, indem wir für diverse Fachbereiche Mindestfallzahlen vorgegeben haben.

**Haben Sie Tipps für Bern, wie die kleinststrukturierte Spitallandschaft zu reformieren wäre?** Es ist nicht an mir, Tipps zu geben (lacht). Aber man kann ja bei uns schauen, wie mans macht. **Der Kanton Bern schliesst die Spital Netz Bern AG und die Insel zum grössten Spitalunternehmen der Schweiz zusammen. Macht Sie das nervös?**

Nein. Wir sind gut organisiert im Kanton Zürich und haben unsere Gesundheitskosten im Griff. Ich möchte jedenfalls nicht mit meinem Freund Philippe Perrenoud tauschen, der seine Probleme zu lösen hat. Meine Aufgabe liegt im Kanton Zürich. **Was halten Sie von der Gründung einer eidgenössischen medizinischen Hochschule, wie sie der Berner Volkswirtschafts-direktor Andreas Rickenbacher fordert?**

Das Herauslösen der Medizin aus den anderen Disziplinen und ihre Konzentration auf einen einzigen Standort würde ich infrage stellen. Wir legen sehr grossen Wert auf die Interdisziplinarität. Das gute Zusammenspiel zwischen Universität, ETH und universitären Spitalern hier in Zürich würde ich nicht unterbinden wollen. Ich plädiere eher dafür, den Netzwerkgedanken zu stärken und den Austausch unter den verschiedenen Institutionen gesamtschweizerisch zu fördern.

*Interview: Fabian Schärer  
Brigitte Walser*

## Aufgefallen



ALESSIO TACCONI

Es ist eine typische italienische Geschichte unserer Tage. Alessio Tacconi ist ein junger Akademiker, der für sich in der Heimat keine Perspektive mehr sieht. Deswegen versucht er sein Glück im Ausland. In der Schweiz. Braindrain heisst dieses Phänomen, von dem Italien in der Krise massiv betroffen ist. Jetzt ist der 35-jährige italienische Expat auf der Liste von Beppe Grillos 5-Stern-Bewegung (M5S) im Wahlkreis «Europa» ins Abgeordnetenhaus gewählt worden. Dort vertritt er künftig die Interessen der Auslandsitaliener.

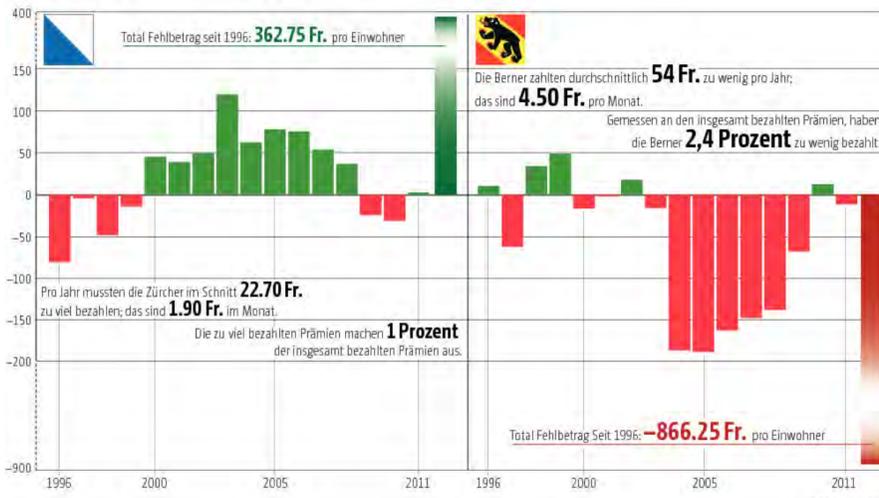
Tacconi stammt aus dem Veneto. In Padua hat er 2002 sein Betriebswirtschaftsstudium abgeschlossen. Ende 2008 zog er nach Adliswil. Der Unternehmensberater hatte eine Stelle bei der international tätigen Trestle Group in Zürich gefunden. Dort kümmert er sich um die Logistik. «In Italien gab es keine Perspektiven, in der Schweiz bekam ich die Gelegenheit, beruflich weiterzukommen», begründete er gestern in der Onlineausgabe der Veroneser Zeitung «L'Arena» seinen Schritt. «Der Entscheid, im Ausland zu leben und zu arbeiten, muss eine Gelegenheit sein. Heute ist es eine Notwendigkeit», wird er in der «Limmattaler Zeitung» zitiert.

2010 schloss sich Tacconi in Zürich der Grillo-Bewegung an. Auf deren Webseite www.beppegrillo.it nennt Tacconi seine Ziele. Er geisselt die «Ineffizienz und Immobilität der öffentlichen Verwaltung in Italien und kritisiert die unselige «Gewohnheit, das Öffentliche als eine Privatangelegenheit» zu betrachten. «Im Ausland habe ich am eigenen Leib erfahren, dass viele Dinge, die man in Italien inzwischen für unmöglich hält, anderswo komplett normal sind.» Konkret nennt er die «effiziente öffentliche Verwaltung» und das «funktionierende Gesundheitssystem». Auf Youtube plädiert er dafür, die Kosten «in der Diplomatenkaste» zu senken. Der Politkenner will in Rom «Ideen von links und rechts prüfen und zustimmen, falls sie den Bürgern nützen».

Aufgewachsen ist Tacconi in Minerbe bei Verona. Im Ort in der Poebene leben 4700 Menschen. Sein Vater Bruno Tacconi ist bei der Lega politisch aktiv. Auch seinen 1977 geborenen Sohn habe er dafür gewinnen wollen, sagt er in «L'Arena». Vergeblich. Doch jetzt ist er stolz auf ihn. Und darauf, dass Minerbe erstmals einen Abgeordneten nach Rom entsendet. Doch Alessio Tacconi ist nicht nur ein «Veroneser», sondern auch aus Adliswil. Dort wohnt er mit seiner Frau Giada, die er vor drei Jahren geheiratet hat. An seinem Wohnsitz soll sich vorderhand auch nichts ändern. Doch seinen Job bei der Trestle Group wird er aufgeben und sich in Rom eine Bleibe suchen. Wie lange er diese braucht, das steht in den Sternen. Nicht nur in jenen 5 von Grillos Bewegung. *Andreas Saurer*

### BEZAHLTE KRANKENKASSENPRÄMIEN IN BERN UND ZÜRICH

So viele Prämien haben Zürcher und Berner pro Einwohner und Jahr zu viel oder zu wenig (–) bezahlt seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes 1996.



Graphik BZ / Quelle BAG